

**Protokoll
über die 43. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen am
01.12.2016**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:40 Uhr
Ort: Multifunktionsraum E 070, Stadthaus, Am Packhof 2 - 6,
19053 Schwerin

Anwesenheit

Vorsitzender

Schulte, Bernd entsandt
durch SPD-Fraktion

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Schmidt, Stefan entsandt
durch Fraktion DIE LINKE

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Rudolf, Gert entsandt
durch CDU-Fraktion

ordentliche Mitglieder

Bandlow, André entsandt
durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bruhn, Stefan
Döring, Karin entsandt
durch Fraktion DIE LINKE

Haacker, Frank entsandt
durch CDU-Fraktion

Lerche, Dirk entsandt
durch ZG AfD

stellvertretende Mitglieder

Teubler, Ulrich entsandt
durch Fraktion Unabhängige Bürger

Verwaltung

Bachmann, Marlies
Gospodarek-Schwenk, Caren

Kretzschmar, Dirk
Kröhnert, Gesine
Riemer, Daniel
Ruhl, Andreas
Schukat, Thomas
Wilczek, Ilka

Gäste

Dorfmann, Regina
Hubert, Rudolf
Kalies, Sebastian

Leitung: Bernd Schulte

Schriftführer: Ingrid Arlt

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Bestätigung der Sitzungsniederschriften
 - 2.1. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 40. Sitzung vom 10.11.2016 (öffentlicher Teil)
 - 2.2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 41. Sitzung vom 17.11.2016 (öffentlicher Teil)
 - 2.3. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 42. Sitzung vom 24.11.2016 (öffentlicher Teil)

3. Mitteilungen der Verwaltung

4. Beratung von Beschlussvorlagen
 - 4.1. Machbarkeitsstudie zur Revitalisierung der Dorf- und Museumsanlage in Schwerin – Mueß zur touristischen Nutzung
Vorlage: 00851/2016

- 4.2. Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen im Bereich Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit / Schulsozialarbeit / Jugendberufshilfe für das Jahr 2016
Vorlage: 00896/2016
- 4.3. Durchführung des Bundesmodellprogramms "JUGEND STÄRKEN im Quartier" für den Zeitraum vom 01.01.2017 bis 31.12.2017 in der Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 00879/2016
- 4.4. Optionserklärung gem. § 27 Abs.22 S. 3 UStG
Vorlage: 00897/2016
- 4.5. Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für den Doppelhaushalt 2017/2018
hier: Beratung zur Veränderungsliste der Verwaltung
Offene Punkte aus Sicht der Ausschussmitglieder
Vorlage: 00832/2016
5. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**
- zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschriften**
- zu 2.1 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 40. Sitzung vom 10.11.2016 (öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Ohne Änderungen wird dem Protokoll zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

**zu 2.2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 41. Sitzung vom 17.11.2016
(öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Ohne Änderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 3

**zu 2.3 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 42. Sitzung vom 24.11.2016
(öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Ohne Änderungen wird dem Protokoll zugestimmt.

Herr Schmidt verweist auf die Antwort vom NVS und erklärt, dass diese ihm nicht ausreiche.

Er fragt und bittet um Antwort mit dem Protokoll, warum parallel zu der Steigerung der Umsatzerlöse zwischen dem HPL für 2016 und der Hochrechnung für 2016 auch die Aufwendungen etwa in gleicher Höhe mit gestiegen sind und damit das Ergebnis, trotz ca. 1,5 Mio. € höheren Umsätzen als geplant nahezu unverändert geblieben ist.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 2

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4 Beratung von Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Machbarkeitsstudie zur Revitalisierung der Dorf- und Museumsanlage in
Schwerin – Mueß zur touristischen Nutzung
Vorlage: 00851/2016**

Bemerkungen:

Herr Rudolph verweist eingangs auf einen Änderungsantrag (2.Fassung vom 08.11.2016) von der Fraktion UB und empfiehlt, sich diesem Antrag anzuschließen. Der Ausschuss WTL hat der geänderten Beschlussvorlage zugestimmt.

Herr Bandlow verweist auf eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die in der StV am 21.11.2016 teilweise beantwortet wurden.

Da folgende Frage nicht beantwortet ist wird die Verwaltung gebeten, die Antwort mit dem Protokoll nachzureichen.

Ist es zutreffend, dass bei der Machbarkeitsstudie M.U.E.S.S. mögliche Rückwirkungen steigender Besucherzahlen auf andere kommunale Einrichtungen, z.B. den Zoo oder das Schleswig-Holstein-Haus, nicht berücksichtigt wurden und wenn ja, warum wurden diese Untersuchungen nicht beauftragt?

Frau Wilczek weist darauf hin, dass mehrfach erklärt wurde, dass es keinen Wettbewerb zwischen dem Zoo und dem Volkskundemuseum Muess sondern eine Zusammenarbeit gibt. Sie verweist diesbezüglich auf ein Kombiticket für beide Einrichtungen, welches angeboten werden soll.

Bezüglich der Ausführungen von Frau Kröhnert zur Auslagerung der volkskundlichen Sammlung und der Fotografien in das vom Land Mecklenburg-Vorpommern geplante Depot weist sie drauf hin, dass sich der damalige Kultusminister Herr Brodkorb sowohl die Sammlungen als auch die Gebäude angesehen hat. Eine Unterbringung der Depotbestände im Landesdepot lehnte er ab.

Herr Bandlow bittet die Verwaltung darum, sich kurzfristig mit dem Finanzministerium in Verbindung zu setzen, da Bauherr des Depots das Finanzministerium und nicht das Kultusministerium ist.

Bezüglich der möglichen Bildung einer gGmbH wird die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- Welche Risiken gibt es bei der Umsetzung der flexiblen Tarifverträge
- Welche Planstellen werden in die gGmbH übergleitet, welche Kosten entstehen dabei und in welcher Höhe gibt es Einsparpotential?
- Im Konzept steht, dass man aus dem TVÖD aussteigen will. Welche finanziellen Auswirkungen hat der Ausstieg?

Abstimmungsergebnis:

Wiedervorlage

zu 4.2 **Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen im Bereich Jugendarbeit / Jugendsozialarbeit / Schulsozialarbeit / Jugendberufshilfe für das Jahr 2016
Vorlage: 00896/2016**

Bemerkungen:

Herr Ruhl erklärt zur Beschlussvorlage, dass die Fortschreibung des HSK durch die StV beschlossen wurde, was eine Einsparung in Höhe von 175 T€ bedeutet.

Gleichzeitig wurde aber auch durch die Stadtvertretung beschlossen, dass im Wirkungskreis des Strategiepapiers alle Angebote erhalten bleiben sollen, trotz finanzieller Einsparvorgabe.

Im Laufe des Jahres zeichnete sich nun ab, dass der HPI Ansatz 2016 für die Aufgabenbewältigung nicht mehr auskömmlich ist, sodass die Verwaltung diese Vorlage zur Beschlussfassung vorlegt. Herr Ruhl weist darauf hin, dass die HSK Maßnahme mit Zustimmung dieser Vorlage aufgehoben wird.

Nach kurzer Diskussion wird die Vorlage abgestimmt.

Beschluss:

Die Stadtvertretung ermächtigt die Verwaltung in Umsetzung der „4. Fortschreibung des Strategiepapiers zur Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit in Trägerverbänden für die Jahre 2015 – 2017“ Mehrauszahlungen für das Jahr 2016 in einer Höhe von bis zu maximal 153.000,00 EUR vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

**zu 4.3 Durchführung des Bundesmodellprogramms "JUGEND STÄRKEN im Quartier" für den Zeitraum vom 01.01.2017 bis 31.12.2017 in der Landeshauptstadt Schwerin
Vorlage: 00879/2016**

Bemerkungen:

Herr Schuklat erläutert die Beschlussvorlage und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss:

Die Stadtvertretung ermächtigt den Oberbürgermeister zur Unterzeichnung der Zuwendungsbescheide an die Träger Deutsche Angestellten-Akademie GmbH (DAA) i.H.v. 56.731,73 Euro für das Jahr 2017 und Verbund Soziale Projekte gGmbH (VSP) i.H.v. 96.224,57 Euro für 2017.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

**zu 4.4 Optionserklärung gem. § 27 Abs.22 S. 3 UStG
Vorlage: 00897/2016**

Bemerkungen:

Herr Rudolph weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage durch den Oberbürgermeister noch nicht unterschrieben ist. Hier sagt die Verwaltung die

Prüfung zu.

Nach Erklärungen von Herrn Riemer und anschließender Beratung bitten die Ausschussmitglieder darum, dass das Anwendungsschreiben des Bundesministeriums für Finanzen nach Eingang zur Verfügung gestellt wird.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Erklärung der Landeshauptstadt Schwerin gegenüber dem Finanzamt Rostock, vorbehaltlich eines etwaigen Widerrufs, für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführte Leistungen weiterhin nach § 2 Absatz 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

zu 4.5 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für den Doppelhaushalt 2017/2018

hier: Beratung zur Veränderungsliste der Verwaltung

Offene Punkte aus Sicht der Ausschussmitglieder

Vorlage: 00832/2016

Bemerkungen:

Veränderungsliste der Verwaltung

Die Verwaltung wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten und dem Protokoll beizufügen

TH 04 – Sonstige Aufwendungen der sozialen Sicherung — insbesondere Änderung UVG

- Herr Bandlow fragt, ob es Effekte für die KdU aus der Maßnahme UVG gibt und bittet um eine finanzielle Darstellung. Herr Ruhl sagt die Beantwortung zu und weist gleichzeitig auf die Neueinrichtung von 5 Planstellen aufgrund der Mehrarbeit im Bereich UVG hin.

TH 01 - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (11106) – Bürgerbeteiligung BUGA

- Herr Schmidt erklärt, dass es zu dieser Änderung durch die Verwaltung einen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE geben wird.
- Herr Rudolph bittet um weitere Erklärungen

TH 15.- Gewerbesteuer

- Herr Riemer erklärt auf Nachfrage, dass die Reduzierung 2018 um 1 Mio € bei den Gewerbesteuern gegenüber dem vorgelegten Haushaltsentwurf 2017/2018 auf der Prognose des Arbeitskreises Steuerschätzung des Deutschen Städtetages basiert.
- Herr Schmidt bittet um eine Darstellung der Entwicklung der Steuerhebesätze in den relevanten Vergleichskommunen und kurze Erläuterungen zu den Auswirkungen bei Anpassung auf die Nivellierungshebesätze.

Bisher vorliegende Änderungsanträge aus den Fraktionen und Ortsbeiräten.

Herr Riemer erklärt, dass alle Anträge in einer Liste zusammengefasst und die bisher vorliegenden Stellungnahmen der Verwaltung zu jedem Antrag zugefügt wurden.

Zu ausgewählten Anträgen wird wie folgt verwaltungsseitig Stellung genommen:

- Lfd. Nr. 1 – Die Verwaltung wird gebeten, ein entsprechendes Antwortschreiben der CDU Fraktion zu übersenden.
- Lfd. Nr. 2 – Herr Riemer erklärt, dass 25 T€ erforderlich sind, um sogenannte „Einschübe“ planmäßig ersetzen zu können.
- Lfd. Nr. 3 – Im Straßenerneuerungskonzept ist die Erneuerung der Hagenower Straße Bestandteil, allerdings mit einer Zustandsnote besser 5. In die Umsetzung können derzeit nur Straßen gelangen, deren Zustand schlechter als 5 ist. Der SDS hat für 2017 eine erneute Zustandsbewertung vorgesehen, sodass in Auswertung dieser die Prioritätensetzung im Rahmen des Straßenerneuerungskonzeptes fortgeschrieben werden können. Sollte der Zustand der Hagenower Straße danach objektiv eine Zustandsnote schlechter 5 erreichen, wird die Straße prioritär aufzunehmen sein.
- Lfd. Nr. 5 – Verwaltungsseitig wird diese Maßnahme abgelehnt.
- Lfd. Nr. 6 – Nach Überprüfung der finanziellen Möglichkeiten kann dieser Maßnahme verwaltungsseitig zugestimmt werden. Die Umsetzung soll im Rahmen der Maßnahme öffentliche Spielplätze und Grünflächen umgesetzt werden. Die erforderlichen Haushaltsmittel können im Haushaltsjahr 2016 bereitgestellt werden.
- Lfd. Nr. 7 – Im Straßenerneuerungskonzept ist die Wegesanie rung Hubertusing aufgenommen.
- Lfd. Nr. 13 - Hinsichtlich der Hagenower Straße wird auf die Stellungnahme zur lfd. Nr. 3 verwiesen.
Im Übrigen wird auf die lfd. Nr. 6 verwiesen.
- Weitere Stellungnahmen der Verwaltung liegen noch nicht vor.

zu 5 Sonstiges

Bemerkungen:

Herr Riemer informiert darüber, dass das Genehmigungsschreiben aus dem Ministerium für Inneres und Europa zu den Städtebaulichen Sondervermögen vorliegt.

gez. Bernd Schulte

Vorsitzende/r

gez. Ingrid Arlt

Protokollführer/in

